

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : Waffenausfuhr gefährdet Arbeitsplätze

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stein mahnt alte, mütterliche Formen der Hegung und Beschützung an, kritisiert das patriarchale Herrschaftsdenken und -handeln unserer Fürsorge und entwickelt «Leitgedanken zur psychosozialen und medizinischen Betreuungsarbeit auf dem Hintergrund von matriarchalen Werten, Sozialformen und Weltbildern». Diese «Matriarchie» (mütterliche Nicht-Herrschaft), wie sie es nennt, beinhaltet für sie: «Grenzen des Begriffs Arbeit sehen, Sorgfältigkeit, Behutsamkeit, Feinfühligkeit, Empathie...»

*Mitleiden können*⁵, Empathie, das kann schlecht als «Produkt» im Computer überprüft werden! Müssen diese Eigenschaften deshalb aussterben? In der Zeitschrift «Sozialarbeit» kann man dazu neuerdings lesen: «Es geht nicht ums Mitfühlen, sondern um kompetente Hilfe für den Alltag» (??). Und weiter: «Angesichts der Diskussionen um New Public Management, Wirkungsorientierte Verwaltung, Lean Administration, Leistungsaufträge usw. müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nicht mehr in erster Linie Empathie gefragt ist, sondern die Fähigkeit, operationalisierte Zielsetzungen, die erreicht werden müssen, mit den

Klient/innen auszuhandeln, Leistungen, die sich in Franken und Rappen ausdrücken lassen, zu erbringen.»⁶

Empathie, Mitfühlen wird hier wohl verstanden als billiges Nachgeben und laue Akzeptanz. Empathie hat damit gar nichts zu tun. Sie kann zärtlich und herzlich sein, wie auch im Harnisch von konsequenter Strenge daherkommen und sich als Zorn ausdrücken, aber dies alles im Interesse der Klientin oder des Klienten. Es wird leider dafür gesorgt, dass diese *rote Farbe der Leidenschaftlichkeit* im grauen Fürsorge-Alltag immer seltener auftaucht. Danke Frau Goldstein, dass Sie sich dagegen wehren!

¹ Judith Giovannelli-Blocher, Die schleichende Ausgrenzung von wirtschaftlich Uninteressanten, in: Sozialarbeit, Nr. 10/1991.

² Fritz G. Simon, Die Kunst, nicht zu lernen und andere Paradoxien, in: Psychotherapie, Management, Politik, Auer 1997.

³ Silvia Staub-Bernasconi, Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit, Haupt 1995.

⁴ Mohamed Choukri, Das nackte Brot, Piper 1993.

⁵ Vgl. Judith Giovannelli-Blocher, Mitleid als Notwendigkeit, in: Zeitschrift/Reformatio, Nr. 5/1994.

⁶ Sozialarbeit, Nr.1/1997.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Waffenausfuhr gefährdet Arbeitsplätze

Am kommenden 8. Juni werden Volk und Stände über ein *Verbot von Kriegsmaterialexporten* aus der Schweiz entscheiden. «Tausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel», sagen die Gegner dieses Volksbegehrens, denen sich leider auch Gewerkschaftsfunktionäre angeschlossen haben. Wie viele Menschen leben «auf dem Spiel» stehen, ist ihnen offenbar keine Frage wert. Oder sie stellen sich taub, als

wüssten sie nicht, was mit schweizerischen Waffen, auch zivil getarnten wie den Pilatus-Flugzeugen, angerichtet wird.

Der Zweck heiligt das Mittel, der gesicherte Arbeitsplatz den Export von Kriegsmaterial. Mögen diese Waffen in *Krisengebiete* gelangen, nach Mexiko, Guatemala, Burma, Indien, Pakistan, in die Türkei oder in die Golfregion, mögen damit demokratische Bewegungen zerschlagen,

ganze Dörfer ausgemerzt oder Banden- kriege geführt werden (wie neulich in Rio de Janeiro mit SIG-Sturmgewehren), die Handlanger des Todes halten sich für unschuldig am Elend, das sie verbreiten – Hauptsache, es geht um «Arbeitsplätze». Offenbar ist ein Leben ohne Arbeit schlimmer als eine Arbeit, die Leben tötet. Und offenbar gibt es keine Alternative zu diesem tristen Entweder-Oder.

Zwei Schweizen

Zwei Schweizen begegnen sich am 8. Juni, eine, die *Ethik* als Grundlage der Politik begreift, eine andere, die *Profit* über alles setzt, auch wenn dies schamhaft verschwiegen und die angebliche Sorge um Arbeitsplätze vorgeschrützt wird. Anstelle der 1000, die tatsächlich abgebaut werden müssten, sind für die interessierte Gegnerschaft bereits über 120 000 Stellen betroffen. Je mehr, desto besser. Von ihrem Abbau würde diesmal ja nicht der Shareholder value profitieren, sondern «nur» die Moral.

Es sind vermutlich dieselben zwei Schweizen, die sich auch in der Frage nach Schuld und Scham angesichts der *Kollaboration unseres Landes mit dem Naziregime* gegenüberstehen. Die Schweiz lieferte damals schon Waffen für eine Milliarde Franken an das sog. Dritte Reich. Aber konnte zur Zeit des Zweiten Weltkriegs noch Angst ums eigene Überleben das schmutzige Geschäft diktieren, so geht es heute nur noch um ökonomische Interessen. Es fehlt selbst der Anschein einer Rechtfertigung durch Not und Erpressung. Es sei denn durch die Not des totalen Marktes und durch die Erpressung von Seiten des Kapitals.

Dieselben, die im Dienste der Profitmaximierung Tausende von Arbeitsplätzen weggratualisieren, fressen Kreide, wenn es um Arbeitsplätze geht, die Tod und Elend in der Dritten Welt verbreiten. Je mehr das Kapital die Erhaltung von Arbeitsplätzen beschwört, um so weniger erhaltenswert sind sie. Es geht dabei regelmäßig nicht um sinnvolle Arbeit, sondern um Arbeit, die Leben zerstört, um Autobahnen, Flughäfen, Atomkraftwerke und an-

dere umweltbedrohende, ja menschenfeindliche Grosstechnologien, also nicht um Arbeit als Produktivkraft, sondern um *Arbeit als Destruktivkraft*. «Das Waffen- ausfuhrverbot gefährdet Arbeitsplätze», sagen sie; dass es Arbeitsplätze sind, um die es nicht schade ist, verschweigen sie.

Ebensogut könnten wir erwidern, dass auch Waffenausfuhr Arbeitsplätze gefährdet. Das stimmt wörtlich, da der Export von Kriegsmaterial äusserst konjunkturanfällig ist. Es stimmt aber auch moralisch, weil Waffenausfuhr den *Sinn von Arbeit* in Frage stellt. Menschen, die Waffen als Exportartikel herstellen müssen, werden unter den geltenden Ausfuhrbestimmungen – bewusst oder unbewusst – zu Komplicen des Verbrechens. Das ist die eigentliche, die ethische Gefährdung dieser Arbeitsplätze.

Für die Arbeitsplätze in der Rüstungs- industrie könnte Ersatz gefunden werden, wenn es in diesem Land wirklich um Arbeit ginge und nicht in erster Linie um Shareholder value. *Rüstungskonversion* wäre die Alternative, für die ein SMUV und ein SGB kämpfen müssten, statt sich in die Stimmfreigabe zu flüchten. Oder sind arbeitende Menschen nur noch Geiseln des Kapitals, die mit dem Arbeitsplatzargument erpresst werden können? Dann wäre ihre Befreiung am 8. Juni nicht nur möglich, sondern erst recht notwendig.

Die Schweiz, die das Waffenausfuhrverbot unterstützt, wird vermutlich kleiner sein als die Schweiz, die es ablehnt. *Schuld* trifft dann alle, nicht nur die Mehrheit, die sich um Ethik futiert, sondern auch die Minderheit, der es nicht gelingt, die herrschende Ideologie des Neoliberalismus mit der Alternative einer friedens- und sozialverträglichen Wirtschaft aufzubrechen. Es gibt zwar keine Kollektivschuld, da ein Kollektiv keine Person ist, die schuldig werden könnte. Aber es wird sich am Abend des 8. Juni auch uns die Frage stellen, ob wir das Menschenmögliche geleistet haben, um Unheil abzuwenden: für bedrohte Menschen in andern Teilen der Welt, für die Würde arbeitender Menschen in der Schweiz, für die moralische Glaubwürdigkeit dieses Landes.